

begreifen, wie der Kolonialdirektor v. Buchta nach Kenntnis des Bergwerks des Brünzler Berges ihn habe hinausdrücken können, und verlangt dann von Debel, ob dieser nicht endlich den angelegten Brief von Peters an Tuder zeigen wolle. (Weiterkeit.) Peters ist mehr weislich als Sie Alle! (Große Heiterkeit.) Kolonialdirektor v. Buchta verweist den Vorredner nochmals auf die gute Conduite und die geringe Strafe von 10 Tagen Stubenarrest. Abg. Debel (Sax.): Neben dem Fall Peters hat bei dem Bericht gesprochen. Wenn ich einen Mann, der so brutale Gemeinheiten begangen hat, wie Peters, noch in Schutz nehmen wollte, so würde ich Schamroth werden: es scheint allerdings, daß Herr v. Kardorff nicht mehr Schamroth werden kann. (Präsident Graf Ballestrem ruf den Redner für diese Aeußerung zur Ordnung.) Abg. Dr. Trendl (Reichsp.) nimmt Peters in Schutz: er selbst würde Schamroth werden, wenn er einen solchen Tadel-Brief erkunden hätte. (Präsident Graf Ballestrem: Ich nehme an, daß der Abgeordnete nicht etwa hiermit Herrn Debel gemeint hat; das würde mit der Ordnung im Hause nicht vereinbar sein.) Nach weiteren Auseinandersetzungen zwischen Debel und Trendl wird die Resolution abgelehnt. (Präsident Graf Ballestrem: Die Resolution ist abgelehnt.)

Berlin. Die Budgetkommission beschloß bei der Verathung des Militärhaushalts eine Resolution, wonach über die Sprache, in welcher ein Soldat befehlet, keinerlei Vorschriften ergehen, auch keine Untersuchung darüber stattfinden soll. — Die Vernehmung der Sachverständigen in Betreff des Kollart-Schmiedes soll am 20. Februar mit der Textilindustrie beginnen, am 22. folgt die Landwirtschaft, am 25. die chemische Industrie und am 28. die Wolllanindustrie. Die Vernehmung der Sachverständigen der Eisenindustrie wird voraussichtlich Ende dieses oder Anfang nächsten Monats erfolgen. — Der vortragende Rath im sächsischen Ministerium des Innern Geh. Regierungsrath Dr. Rumpelt zu Dresden erließ den preussischen Höflichen Vorreden 3. Klasse. — Die „Kriegszug“ schreibt in einem Artikel „Die Konserpativen und die Plottenvorlage“: Es wird, wie man ehedem die Plottenvorlage muß, den Landwirthen ganz unangenehm gemacht, für die Plottenvorlage zu stimmen, und wollten wir die Plottenvorlage überfallen verfolgen, so könnten wir, ohne den Vorwurf unvorsichtiger Behauptungen befürchten zu müssen, sagen, es mache leicht den Eindruck, als sei es darauf abgesehen, die Konserpativen in Opposition zu drängen. Nichtsdestoweniger erklären wir nochmals, daß die konserpativ Partei in traditioneller Weise für die Plottenvorlage eintreten und sich darin weder durch den Unverstand, noch durch die Gehässigkeit der Gegner irre machen lassen würde.

Berlin. Das Abgeordnetenhause begann heute die Verathung des Etats des Innern. Abg. Freiberger v. Bebel bezeichnet die im Vorjahre vorgeschlagene Maßregelung von Landwirthen als politisch unglücklich und im höchsten Maße bedenklich, solche Maßregeln müßten als ultima ratio für besondere Fälle von dienlicher Nothwendigkeit aufgespart werden. Der Minister des Innern v. Heineke weist den Vorwurf, daß die Maßregelung der Landwirthe ein Mißbrauch der Regierungsgewalt sei, mit Entschiedenheit zurück. Im Uebrigen betraf die Debatte die Entscheidung Weils auf den Provinz Brandenburg und Erhebung der Stadt zu einer besonderen Provinz, sowie die Beschwerden der Polen über Germanisirungsbestrebungen. In erster Beziehung gebührt der Minister mit, daß der Gesetzentwurf betreffend die Abtrennung Berlins in der nach den Wünschen der Budgetkommission geänderten Gestalt alsbald wieder an das Haus kommen werde, es liege der Regierung fern, in das Selbstverwaltungsrecht der Reichshauptstadt eingreifen zu wollen. Hinsichtlich der Beschwerden der Polen konstatirte der Minister, daß eine Beschränkungspolitik den Polen gegenüber erst möglich sein werde, wenn diese ihre Absonderungsbestrebungen aufgeben. Weiterberathung morgen.

Berlin. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Staatsminister Graf v. Bülow, ist an einem leichten Influenza-Anfall erkrankt.

Coburg. Das Regierungsblatt meldet, daß der Hoftheater-Intendant von Franzenberg zur Disposition gestellt worden ist.

Ebing. In der Marienwerder Unteroffizierschule sind gegen 100 Mann an der Influenza erkrankt. Den Unteroffizieren und Mannschaften ist das Verlassen der Kasernen verboten.

Oberhausen (Athenland). Der Schmachtdorfer Schacht „Eugene“ der hiesigen „Guten Hoffnung-Bütte“ ist erschossen.

Stuttgart. Der Kaiser zeichnete für das von hier ausgehende Unternehmen zur Förderung der deutschen Ansiedelung in Brasilien den Beitrag von 10,000 Mk.

London. Der Korrespondent des „Kreuzer'schen Bureau“ in Kensington telegraphirte, daß er eine Unterredung mit einem australischen Korrespondenten hatte, welcher das Bureau am 11. d. M. besuchte. Die Bureau, welche den australischen Korrespondenten begleiteten, erklärten ihm, sie hätten 120,000 Mann, welche für ihr Vaterland kämpfen und fähig seien, den Krieg auf unbegrenzte Zeit fortzusetzen. — Nach einer Meldung der Abendblätter aus Kapstadt von heute haben sich die fremden Militärschiffe nach Korberriter begeben, um sich dort dem Feldmarschall Roberts anzuschließen.

London. Nach einer Depesche aus Hongkong soll das deutsche Kanonenboot „Jitta“ innerhalb des Hafens von Wacaco Besatzungen vorgenommen und dadurch große Aufregung hervorgerufen haben.

Christiania. Die neue norwegische Staatsanleihe von 1900 ist zum Aus von 91 Prozent abgeschlossen worden.

Moskau. In Wort Arthur sind sämtliche Niederlagen der chinesischen Ostbahn niedergebrennt und zwar am Vorabend der angekündigten Revision.

Stenburg. Die britischen Truppen bei Springsfontein wurden gezwungen, sich nach Stenburg zurückzuziehen, da die britische ostliche Flanke bedroht ist.

In der Berliner Börse trat heute nach der matten Haltung, die während der letzten Tage geherrscht hatte, ein Umschwung ein. Die Tendenz war zumeist fest, einzelne Werthe konnten sogar beträchtlich anziehen. Besonders wirkten zunächst größere Käufe am Montanaktienmarkt, namentlich waren Lanthanbau bevorzugt, welche um etwa 6 Prozent anzuehmen konnten. Die Hausbewegung würde einen größeren Fortschritt genommen haben, wenn nicht verschiedene Mittheilungen aus der Provinz Sorgen bereitet hätten, nach denen dort ein Bergarbeiterstreik zu erwarten sei. Auch die Meldung aus Südamerika, daß die Stellung der Engländer immer bedrohlicher werde, wirkte etwas abschwächend. Im weiteren Verlaufe der Börse wurden jedoch auf größere Deckungen und auf Kaufstift diese unangünstigen Momente zurückgedrängt, namentlich waren Canada Pacific auf die höhere Wiedereinstellung gut beachtet und lebhaft im Verkehr. Am Bankaktienmarkt war der Verkehr still, nur Deutsche Bank etwas höher und lebhafter. Von Eisenbahnaktien heimische Werthe behauptet, Canada, wie bereits angedeutet, höher. Die übrigen fremden Bahnen behielten ungefähr die gestrigen Kurse. Renten sehr still und eher schwächer. Deimische Fonds knapp behauptet. Privatdiskont 3 1/2 Prozent. — Am Spiritus-Markt wurden nach privaten Ermittlungen 47,10 Markt bezahlt (10 Bq. niedriger). Der Getreide-Markt zeigte durchweg feste Tendenz. Die bereits gesehen sich anmeldende Waaren-Nachfrage trat heute bestimmter auf und wirkte um so mehr, als vom Auslande die Offerten sich sehr zurückhalten zeigten, namentlich waren russische Angebote so gut wie gar nicht am Markt. Man sagte zwar, daß vom Inlande größere Angebote herangekommen wären, doch weist man an der Wichtigkeit dieser Angabe; man nimmt vielmehr an, daß die auf Berlin jetzt zusammenkommenden Inlandzufuhren lediglich zur Erfüllung höher eingegangener Verpflichtungen dienen müßten. Der Geschäftsbetrieb zeigte im Vergleich mit den Vortagen eine ziemliche Lebhaftigkeit; die Preise zogen namentlich in der zweiten Stunde an. Weizen wurde etwa 1/4 Mk. Roggen etwa 1/8 Mk. höher bezahlt. Mitteldeutschland, namentlich Sachsen, war auch heute in größerem Umfange als früher am Markt. Wie verlaute, hat die Nachfrage nur zu einem kleinen Theil Befriedigung finden können. Nach Mer schwimmende Ladungen sind nach Sachsen und

Thüringen direkt beordert worden. Hafer fest still, gute Marken aber fest. Nach Ermittlung der Centralnotizungsstelle der preussischen Landwirtschaftskammern wurden bezahlt in Berlin: Weizen 149, Roggen 143, Hafer 141 Mk. — Weizen: milde; Weizen 147, Roggen 138, Hafer 121 Mk. — Wetter: milde; Westwind.

Table with exchange rates and prices for various goods like flour, sugar, and oil.

Verliches und Sächsisches.
— Se. Majestät der König traf gestern Nachmittag 2 Uhr im Residenzschloße ein und empfing in Gegenwart des Herrn Staatsministers der auswärtigen Angelegenheiten v. Rühl und der Herren vom Königl. Dienst den neuernannten österreichisch-ungarischen Gesandten und bevollmächtigten Minister Grafen v. Clay und Albringen, behufs Entgegennahme dessen Beglaubigungsschreiben, in feierlicher Audienz. Dem Herrn Gesandten wurden bei diesem feierlichen Empfange von einer in des Königl. Garderegiments die militärischen Ehrenbezeugungen erwiesen. Nach diesem Empfange feierte Se. Majestät nach Ersehen zurück, wo der Herr Graf 1/6 Uhr von Ihrer Majestät der Königin empfangen wurde. Um 6 Uhr fand Königl. Tafel statt, zu der der Herr Gesandte mit Einladung ausgedzeichnet worden war.

— Ihre Majestäten der König und die Königin treffen mit den Prinzen und Prinzessinen des Königl. Hauses und der Frau Großherzogin von Toskana, sowie mit zahlreichen Gefolge heute Vormittag in einem kurzen Besuch der Königl. Porzellanmanufaktur in Meissen ein.

— Ihre Königl. Hoheiten Prinz Georg und Prinzessin Mathilde empfangen gestern Nachmittag im Palais auf der Bismarckstraße den neu ernannten Oester.-Ungarischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister, Herrn Ritter Siegfried Grafen v. Clay und Albringen in feierlicher Audienz.

— Se. Königl. Hoheit Prinz Friedrich August und Ihre Königl. Hoheit die Frau Großherzogin von Toskana unternehmen gestern Vormittag eine Schiffsparade durch die Dresdener Heide. Nachmittags besuchte der Prinz mit Interesse das Schiffsbauwerk seiner beiden ältesten Söhne, der Prinzen Georg und Friedrich Christian, auf dem Zwingerlande.

— Se. Königl. Hoheit Prinz Heinrich von Preußen traf gestern früh 1/8 Uhr von Berlin kommend, hier ein und verweilte, ehe die Weiterfahrt nach Weissen angetreten wurde, 1/2 Stunde auf dem Hauptbahnhof. Während dieser Zeit verlor der königliche und dringliche Hofkammerherr, Herr Heinrich John, dem hohen Gaste Kaffee und Bräutchen. Se. Königl. Hoheit nahm hierbei eine Glückwunschadresse aus Anlaß der glücklichen Heimkehr in das Vaterland von Herrn John entgegen.

— Ihre Durchlaucht Prinzessin Luise von Sachsenwaldenburg traf hier ein und nahm im Hotel du Nord Wohnung.

— Hofkammerrath v. Borries hat gestern den Dienst bei Ihrer Majestät der Königin übernommen.

— Se. Majestät der König hat den Betriebsleiter des sächsischen Erzbergwerkes Himmelsfurt, Bergverwalter Lange, zum Betriebsdirektor ernannt.

— Se. Königl. Hoheit Prinz Friedrich August hat dem Komponisten K. W. Schneidewitz in Liegau-Augustinerbad, welcher mit höchster Genehmigung seiner neuesten Walzer-Komposition den Namen eines „Prinzessin-Margarethen-Waltzers“ gegeben hat, in Anerkennung dieser und seiner früheren Zueignungen („Wilde in die Zukunft“, „Schmuck nach der Heimath“ etc.) eine goldene Nadel mit Namenszug und Krone überreichen lassen.

— Herr Bergamtsrath Professor Just in Freiberg ist unter Ernennung zum Finanzrath vom 1. April ab als Hilfsarbeiter in das Finanzministerium berufen worden.

— Dem Kantor emer. Treusch in Chemnitz ist das Abrechtfreuz verliehen worden.

— Dem Kirchenchef Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Johann Georg, Herrn Sange, ist die Bahnhofsverwaltung zu Dresden-Neustadt für 1. September übertragen worden.

— Landtag. Die zweite Kammer hat sich in ihrer gestrigen Sitzung, an welcher Herr Staatsminister v. Wastdorf Theil nahm, mit mehreren Titeln des außerordentlichen Etats zu befassen, welche durchgängig den Anträgen der Finanzdeputation B gemäß Genehmigung fanden. Für die Erweiterung des Bahnhofes Tharand bewilligte man als erste Rate die halbe Bauunternehmer mit 600,000 Mk. Abg. Andrae-Brandorf (kon.) bittet hierbei, die Hochlegung der Strecke Dresden-Hellersberg mit allen Mitteln zu beschleunigen. Als erste Rate für die Erweiterung des Bahnhofes Tharand bewilligte man 400,000 Mk. bewilligt. Abg. Reich-Ramann (kon.) spricht hierbei den Wunsch aus, daß die Kurve bei Burgau so gestellt werde, daß sie auch für die Interessen der dortigen Industrie vollen Werth erhalte und bittet weiter die Regierung, ihr Augenmerk auf die Erweiterung des Bahnhofes Hellersberg nach Weissen zu richten, damit Anstich für neue Verbindungen nach Weissen zu, speziell nach Pulsnitz, geschaffen werden könne. — Die Deputation beantragte ferner, für Umbau der Strecke Chemnitz-Kappel und theilweisen Umbau des Bahnhofes Chemnitz (zweite Rate) 3,000,000 Mk. statt der gezeichneten 4,000,000 Mk zu bewilligen und die für Erbauung eines Dienstgebäudes in Chemnitz geforderten 100,000 Mk. überhaupt abzulehnen. Staatsminister v. Wastdorf erklärt hierzu, die Regierung habe sich schon in den Deputationsberathungen mit einer Reihe von Abstrichen an Titeln des außerordentlichen Etats einverstanden erklärt, sie verhehle sich aber nicht, daß wirkliche Erparnisse aber nicht stattfinden werden, sondern nur ein theilweiser Aufschwung. Die Regierung gebe, indem sie sich mit diesen Abstrichen einverstanden erklärt, von der Voraussetzung aus, daß sie, sobald die bewilligte Summe in der laufenden Finanzperiode nicht zuzulange sollte, doch an dem Belterbau nicht behindert sei und dann durch eine spätere Bewilligung der folgenden Raten sich als gedeckt betrachte. Geh. Finanzrath Dr. Ritterstädt fügte hinzu, es liege hier der erste Fall vor, daß die Deputation vorzuschlagen, einen Titel ganz zu streichen. Die geforderten Dienstgebäude seien im Interesse des Dienstes durchaus notwendig, die Regierung werde aber nicht widerstreben, weil sie in den einzelnen Fällen durch Erleichterung von Räumlichkeiten helfen könne. Nur betreffs des neuen Dienstgebäudes für die Maschinen- und Dampfstation Dresden-Mitte müsse sie eine Ausnahme machen. Abg. Fiedler-Wildt (kon.) erklärt, daß seine Partei in diesem Falle auf dem Standpunkte der Regierung stehe und gegen die Abstriche stimmen werde. Darauf werden die Deputationsanträge gegen die 4 Stimmen der Sozialdemokraten zum Beschluß erhoben. — Ohne Debatte bewilligte man 134,000 Mk. für Erweiterung des Bahnhofes Braubach und 95,000 Mk. für Erweiterung des Bahnhofes Batterstreu. Die zur Erbauung eines Dienstgebäudes für die Betriebsdirektion Leipzig 1 geforderten 150,000 Mk. werden antwortgemäß gegen 4 Stimmen abgelehnt, nach dem Abg. Rosmann-Uhlenhuth (kon.) sich für die Erbauung ausgesprochen hätte, da es noch gute Wege habe bis zur Errichtung eines Leipziger Centralbahnhofes. — Nächste Sitzung morgen.

In der gestrigen Sitzung der Ersten Kammer gab der Herr Präsident Hr. Dr. Graf v. Könneritz den Mitgliedern vor Eintritt in die Tagesordnung Kenntniß von dem erfolgten Umschicken des Vorstandes des Stenographischen Institutes, Herrn Oberregierungsath Prof. Dr. Staat verliert in ihm einen erprobten Beamten, das Institut einen weisen Helfer, die Kammer einen Mann, mit dem ein leichter, unangenehmer Verkehr war. Die Kammer eehrte ihn Anzeichen durch Erheben von den Plätzen. In Anbetracht des für den Nachmittag geplanten Besuches der Königl. Porzellan-Manufaktur in Meissen zur Gegenleistung wurde für die Porzellan-Beitragstellung gefertigten Gegenstände wurde die Verathung über die Petition des Verbandes der sächsischen Hausbesitzer-Bereine auf Donnerstag vertagt und ohne Debatte die Petition des Stadtschultheißen Gumbert in Ströberg auf sich beruhen gelassen, sowie die Petition des Herrn Barchas in Dresden wegen Unklarheit für unzulässig erklärt. — Nächste Sitzung morgen.

— Der Bericht der Petitions-Deputation der Zweiten Kammer über die Petitionen um Aufhebung der der Dresdener Dingen-Export-Gesellschaft ertheilten Genehmigung zur Einlassung von Käse in den Elbstrom beantragt, die Petitionen der Staatsregierung zur Erregung zu überweisen.

— Folgender Antrag Dr. Schill und Dr. Schöber (unterstützt von 23 Mitgliedern) ist bei der Zweiten Kammer eingegangen: Die Königl. Staatsregierung um Vorlegung eines Gegenentwurfs zu ersuchen, durch welchen die Bestimmungen der Reichs-Gesetzgebung in der Weile abgeändert werden, daß a) während des Schwere einer Untersuchung und während der Dauer einer Suspension von einem öffentlichen Amte das Ehrenamt nur zu ruhen habe; b) im Falle der Verbüßung einer Freiheitsstrafe das Gemeindekollegium, welchem der Verurtheilte angehört, darüber Entschliebung zu lassen habe, ob derselbe in diesem Kollegium zu verbleiben oder auszuschließen habe.

— Zur Zwisdauer Bergarbeiter-Bewegung wird gemeldet, daß die Gruben-Berwaltungen die Vermittelung der Verbände abgelehnt haben, woraufhin die getrennt Vormittag auf dem „Feldschloßchen“ in Zwisdauer abgehaltene Bergarbeiter-Versammlung einstimmig beschlossen hat, heute früh in den allgemeinen Zustand einzutreten. Ueber die in Frage kommenden Verhältnisse im Zwisdauer Revier wird von einem hervorragenden Fachmann, der mitten in den Verhältnissen steht, dessen Urtheil aber durch keine Parteistellung getrübt ist, gesprochen: „Wenn man die Verhältnisse im Zwisdauer Revier sachlich und vorurtheilsfrei betrachtet, wird man sich bald erkennen, daß der sich hier vorbereitende Ausbruch der Bergarbeiter nicht weniger unbegründet ist, als der bereits festgestellte Ausbruch der Bergarbeiter im Plauenischen Grube von September v. J. Wer die Stimmung der überwiegenden Mehrzahl der Zwisdauer Bergarbeiter aus persönlicher Anschauung kennt, weiß sehr wohl, daß noch vor einer ganz kurzen, nur nach Tagen zu zählenden Zeit Niemand an einen solchen Ausbruch denkt, weil thatsächlich keinerlei Grund für einen solchen vorhanden war, und daß auch hier, wie sonstzeitig im Plauenischen Grube, die ganze Bewegung von gewerkschaftlichen Agitatoren in Scene geführt worden ist. Ebenso wird aber Niemand, der die Lage des Zwisdauer Steinkohlenbergbaues kennt, einen Zweifel darüber hegen, daß der sich hier vorbereitende Ausbruch von vornherein vollkommen aussichtslos ist, da die Werke in ihrer überwiegenden Mehrzahl gar nicht in der Lage sind, ohne ihre Existenz ernstlich zu gefährden, den an sie gestellten Forderungen der Bergarbeiter oder richtiger ihrer dem Bergbau meist sehr fernstehenden Oberen zu entsprechen. Es wird dies zahlenmäßig nachgewiesen werden an den Unterlagen eines der größten Steinkohlenwerke des Zwisdauer Reviers. Was andererseits die Forderung der achtstündigen Schicht anbelangt, so ist diese nicht nur in Rücksicht auf den Betrieb, sondern auch auf die thatsächlichen Verhältnisse der Arbeit zu sehr unbedenklich. Jetzt besteht die 10stündige Arbeitsschicht einschließlich der Ein- und Ausfahrt, Unter Abzug der geschlichen bez. üblichen Unterpausen ergiebt sich hierbei eine wirkliche Arbeitszeit von nicht ganz 7 Stunden. Aber selbst diese 7 Arbeitsstunden sind mit den Arbeitsstunden in einer Fabrik oder in irgend einem anderen Betrieb nicht zu vergleichen. Wer die Eigenart des Bergwerksbetriebs auch nur einigermaßen kennt, weiß sehr gut, daß noch ein ganz erheblicher Bruchtheil dieser Zeit auf alles mögliche Andere als auf wirkliche Arbeiten verwendet wird. Es hat sich ja, zum Theil vielleicht als Rest wirklicher Zustände aus früherer Zeit, die Legende von der furchtbaren Gefährlichkeit und der Schwere der Bergarbeit herausgebildet; die seit nunmehr 15 Jahren geführte Statistik des Reichsversicherungsamtes weist aber unwiderleglich nach, daß der Bergbau bei Weitem nicht die gefährlichste Betriebsart ist, daß er vielmehr in der Gefährlichkeit von verschiedenen Industrien, zum Theil sogar recht erheblich, übertroffen wird; und wer selbst einmal in die Grube gefahren ist und dort das thätigste gefühlswenig hat, weiß sehr gut, daß die Grubenarbeit lange nicht die angepöbelte Anstrengung erfordert, wie eine große Anzahl anderer, allgemein als sehr hartnackig geltender Arbeiten, wie z. B. diejenigen eines an einer Spinn- oder Webmaschine oder an der Drehbank einer Maschinenfabrik beschäftigten Arbeiters, der während der ganzen Arbeitszeit ununterbrochen thätig sein muß; gar nicht zu reden von den zahlreichen landwirtschaftlichen Arbeiten, die weit anstrengender und schwerer sind, als irgend welche im Bergbau vorkommenden Arbeiten. Daß aber unter solchen Verhältnissen gerade beim Bergbau eine achtstündige Arbeitszeit ein dringendes Bedürfnis sein soll, das glauben die im Betriebe stehenden Arbeiter selber am wenigsten. Das übrigens gerade beim Bergbau sich Arbeiter in so großer Zahl aus allen möglichen anderen Branchen rekrutiren wie bei keinem anderen Betrieb, beweist nur Genüge, daß die Arbeitsbedingungen beim Bergbau doch nicht weniger als absehend sind. Aus einer hierüber aufgestellten und uns vorliegenden Statistik eines der größten Werke des Zwisdauer Reviers geht z. B. hervor, daß unter ihren Arbeitern solche aus nicht weniger als 66 verschiedenen Berufsarten vertreten sind; darunter sind, was als besonders charakteristisch hervorzuheben zu werden verdient, 37 ehemalige Dienstboten, 197 ehemalige Fabrikarbeiter, 45 Schuhmacher, 74 Weber, es fehlen aber auch Glaser, Händwerker, Schwärzer, Dachdecker, Färber etc. ebenso wenig wie Seifenfäher, Schweizer, Maler, Schreinermeister und Barbier. Was treibt denn solche Leute in die Zwisdauer Schächte, wenn nicht die Lohndung gutgezahlter und passender Arbeit? Doch von Alledem abgesehen, wollen wir die Folgen der stündigen Schicht etwas näher betrachten. Zunächst würde sie eine thatsächliche Arbeitszeit von nur 6 1/2 Stunden und damit einen Produktionsausfall von 20 bis 25 Proz. zur Folge haben. In Verbindung mit der weiteren Forderung einer Lohnerhöhung von ebenfalls 15 bis 20 Prozent würden die zwei Forderungen einer Erhöhung der Produktionskosten von etwa 30 bis 35 Proz. gleichkommen. Ein Blick auf die Ergebnisse der Zwisdauer Werke genügt aber, um zu zeigen, daß sich einer derartigen Erhöhung der Kosten kein einziges der Zwisdauer Steinkohlenwerke, auch nicht das rentabelste, aussetzen könnte, ohne sofort mit Verlust zu arbeiten. Uebrigens weiß Jeder, der die Verhältnisse des Zwisdauer Reviers kennt, daß die Forderung, wie ja auch aus dem oben Erlegten erhellt, durchaus nicht einem physischen Bedürfnis der Arbeiter entspricht, sondern daß durch diese Forderung lediglich die agitatatorischen Zwecke ein künstlicher Arbeitermangel herbeigeführt werden soll; denn es würde bei allgemeiner Einführung der stündigen Arbeitszeit sofort ein Mehrbedarf von mindestens 2000 Arbeitern für das Zwisdauer Revier entstehen. Bei dem nun schon seit Jahren herrschenden notorischen Arbeitermangel, über den auch der amtliche Bericht über das Berg- und Hüttenwesen im königlich-sächsischen Staat für 1898 weislich ist, hätte, abgesehen von allen anderen angeführten Gründen, die Einführung der stündigen Arbeitszeit vorläufig und so lange eine praktische Unmöglichkeit, bis sich diese Zustände nicht gründlich geändert haben. Gehen wir auf die weitere Hauptforderung, die Festsetzung eines Mindestlohnes, etwas näher ein, so erhellt ohne Weiteres, daß ein solcher mit der beim Bergbau unentbehrlichen Gediegenheit durchaus unvereinbar ist. Diese Unentbehrlichkeit ist bereits von so vielen Seiten so unumstößlich nachgewiesen worden, daß es sich erübrigt, darüber noch etwas Weiteres anzuführen. Die sozialdemokratischen Agitatoren, die die Forderung der Gediegenheit unter der geschmackvollen Phrase „Alfordarbeit“ — „Mordarbeit“ seit Jahren zu bedingten gestrebt haben, scheinen eingesehen zu haben, daß mit dieser Forderung keine Geschäfte mehr zu machen sind. Sie wollen daher den Hohn unter der Maske des Mindestlohnes erreichen; denn das eine Gediegenheit so, wie er verlangt wird, einem Maximallohn viel näher liegt wie jenem, seine Gediegenheit und der geforderte Lohn eigentlich überhaupt kein Arbeitlohn mehr, sondern eine für Hausfrauen ebenso gut wie für Arbeiter bezahlte Rente wäre, ist an sich klar. Man braucht durch aus kein Prophet, sondern nur ein ganz klein wenig Menschenkenntnis zu sein, um voraussetzen, daß die Einführung eines solchen Minimallohnes die auch schon durch die amtliche Statistik ermittelte von Jahr zu Jahr sich verringende Arbeitsleistung sofort auf einen vorher kaum berechenbaren Tiefstand herabdrücken würde. Gaben wir schon oben nachgewiesen, daß durch die Forderung von Lohnzulage und verlängerter Arbeitszeit eine Vermehrung der Produktionskosten um etwa 30 bis 35 Proz. entstehen würde, so können wir unter Obergrenzung des Minimallohnes, den man eigentlich, um auch einmal die geschmackvollen Redensarten sozialdemokratischer Propst zu gebrauchen, richtiger und deutlicher als Krämen für Hausfrauen bezeichnen kann, eine Gesamt-erhöhung der Kosten auf eine solche Höhe voraussagen, daß man den Werken nur den wohlgemeinten Rath ertheilen könnte, je eher, desto besser ihre Betriebe einzustellen. Was übrigens den geforderten Lohn von 4.30 Mk. für Säuer und Zimmerleute und von 3.50 Mk. für Arbeiter und Reparaturarbeiter anbelangt, so wird dieser, wie die uns vorgelegten Lohnnachweisungen der Zwisdauer Werke für das Jahr 1898 ergeben, von der über-